

der Pöstler am Monatsanfang dem alten Ehepaar ins Häuschen am Berghang bringt, geben das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit. Mit dem blichen Obstwachs, dem Kartoffel- und Maisacker, dem Gemüsegärtlein und den paar Ziegen und Kaninchen läßt es sich jetzt ganz gut leben, auch wenn man nur noch eine Art stativistische Landwirtschaft betreibt. Viel Verdienst bringt — wenigstens in der Leventina — die Bahn. Von ihr und den zahlreichen Dienst- und Zulieferbetrieben leben viele Familien in den Dörfern, deren Väter am Monatsende eine schöne Summe Bargeld nach Hause bringen, mit der man nicht nur das Gütlein ausbauen, sondern auch die Kinder gut ausbilden lassen kann.

**Lebenswille gegen Fatalismus**

In den letzten zwei Jahrzehnten haben die Tessiner besonders eindrucksvoll durch ihre Anstrengungen und Leistungen bewiesen, daß es vor allem auf den eigenen Lebenswillen und auf die Zuversicht ankommt, wenn naturgegebene widrige Bedingungen überwunden werden sollen. Sie blieben damit nicht nur dem Geist der Gründungszeit ihres jungen Staatswesens treu, das dem Druck der reaktionären Mächte der Heiligen Allianz nicht nachgegeben und den Kräften der Freiheit in Italien als Hort gedient hatte, sondern sie setzten auch die Tradition aus der Zeit der Selbstbehauptung gegen den faschistischen Totalitarismus fort. Der hoffnungsvolle Aufschwung, der das Wort vom «armen Tessin» allmählich in Vergessenheit geraten läßt, widerlegt die These, daß über dem Schicksal der Völker eine finsternerne Macht walte.

Um so eigenartiger mutete es an, wenn heute in mehr oder weniger allen politischen Lagern, besonders aber in einzelnen Pressekommentaren, leidenschaftlich die Theorie der Fatalität verfochten wird. Das tönt dann etwa so: «Wir sind zu weit von den Märkten der Schweiz weg. Zwischen uns und den Wirtschaftszentren liegt die Wüste der Berge und Gletscher. Alles hängt am dünnen Strang der Gotthardbahn. Warum senken die SBB nicht endlich die viel zu hohen Warentransporttarife auf der Gotthardroute? Warum kommt der Straßentunnel durch den Gotthard immer noch nicht? Wir sind schon zu sehr im Rückstand, und durch das Zögern Berns werden wir den Zug in die neue Zeit endgültig verpassen!» Mit Vehemenz und polemischer Temperament wird da und dort der Vorwurf erhoben, die Landesväter in Bern betrieben eine auf rein unitaristischen Kriterien basierende und vorwiegend von Ueberlegungen der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität bestimmte Politik gegenüber dem Tessin, dessen Sonder- und Grenzlage zu wenig unter staatspolitischen Aspekten gesehen werde.

Es gibt aber im Tessin viele mit der eidgenössischen Politik vertraute Persönlichkeiten, die gerade in der so heftig diskutierten Frage der Bahntrasse auf die größeren Zusammenhänge hinweisen und im übrigen betonen, die Behörden in Bern behandelten die tessinischen Anliegen stets mit ausgesprochenem Verständnis, ja mit besonderem Wohlwollen — gerade im Hinblick auf die Bedeutung des ethnischen Problems. Das Tessin kann nicht alle seine Schwierigkeiten aus eigener Kraft meistern und ist auf das Verständnis und die tätige Zusammenarbeit der Mitbürger angewiesen. Aber die helvetische Gesinnung, welche die Tessiner mit Recht von den ethnisch und ökonomisch stärkeren Gliedern des Bundes fordern, verlangt auch von der kleineren Gruppe immer neue Willensakte, ohne die das natürliche Gleichgewicht der Kräfte in der Eidgenossenschaft auf die Dauer kaum erhalten und die Gefahr einer Verarmung unseres an ideellen und politischen Werten so reichen und vielgestaltigen Vaterlandes nicht abgewendet werden kann.

**Verkehr**

**Der Autostraßenverein zur neuen Benzinollvorlage**

ag Der Geschäftsleitende Ausschuss des Schweizerischen Autostraßenvereins, dem sowohl alle Kantone und viele größere Gemeinden als auch Verkehrsverbände und Einzelmitglieder angehören und dessen langjährige Tätigkeit gemäß seinen Statuten in der Hauptsache einer baldigen Verwirklichung der Nationalstraßen gilt, hat zu der neuen Vorlage des Bundesrates über die Erhöhung des Treibstoffzollens wie folgt Stellung genommen:

«1. Er dankt dem Bundesrat für die rasche Arbeit und besonders für die Erhöhung der Subventionsansätze. 2. Der Zuschlag muß flexibel, das heißt anpassungsfähig, sein. 3. Die Verschuldungsgrenze des Bundes soll nicht zu tief angesetzt werden, um eine zu rasche Neufestsetzung des Zollsuschlages zu verhindern. 4. Auf die heute schon große Belastung der Kantone aus der Verbesserung und dem Unterhalt der bisherigen Kantonsstraßen sowie auf die zusätzlichen neuen Leistungen für die Nationalstraßen ist bei der Festsetzung der Bundesbeiträge an das neue Straßennetz besondere Rücksicht zu nehmen.»

Die große Zeit des Titelblattes ist das 17. Jahrhundert, wo der Titel in Kupfer gestochen und reich mit allegorischem Beiwerk geziert wurde. Es finden sich jetzt sehr bereidete Titelblätter, die oft den Inhalt des Buchs vorwegnehmen. Im 18. Jahrhundert schufen die großen Drucker — Baskerville, Didot, Bodoni — einen neuen sachlichen Stil im Titelblatt, während später die reichgeschmückten Titelblätter von William Morris, die von großen Illustratoren, wie Slivogt und Corinth, entworfenen Titelblätter der von ihnen bilderten Bücher hervortreten. Die Gegenwart ist auch hier eine Zeit des Experiments. Diese Geschichte des Titelblattes zeigt die 40. Ausstellung des Mainzer Gutenberg-Museums seit 1947, die letzte Jahresausstellung im alten Haus, die vom 24. Juni bis 17. September zu sehen ist.

**Schweizer Künstler im Ausland.** mst. Das Städtische Kunstinstitut in Frankfurt am Main eröffnete gemeinsam mit dem Schweizerischen Generalkonsulat Frankfurt und der Schweizerischen Stiftung «Pro Helvetia» eine Ausstellung von Werken des Malers und Graphikers Hans Fischer (Fis). Die Ausstellung dauert bis zum 9. Juli. — Das Museum «Die Fähre» in Saulgau (Württemberg) zeigt bis zum 9. Juli Federzeichnungen von Werner Schaad (Schaffhausen).

**KANTONE**

**Zürich**

**Rechnungs-Gemeindeversammlung in Stäfa**

Stäfa, 1. Juli. (Korr.) Die von 116 Stimmbürgern besuchte Rechnungs-Gemeindeversammlung hieß sämtliche behördlichen Anträge mehrheitlich gut. Ebenso wurden alle Guts- und Fondsrechnungen diskussionslos genehmigt. Damit folgte die Gemeinde den einmütig gefaßten Beschlüssen der Rechnungsprüfungskommission. Für die Anschaffung von 350 Schaumgummimatratzen für militärische Einquartierungen wurden 24 216 Fr. bewilligt. Gutgeheißen wurde auch das Kreditbegehren im Betrage von 195 000 Fr. für den Ankauf einer Liegenschaft an der Goethestraße. Das Objekt umfaßt ein Wohnhaus und eine Scheune mit rund 21 Aren Gebäudefläche und Umschlung. Dank der zentralen Lage würde sich diese Liegenschaft für die Erstellung eines neuen Verwaltungsgebäudes eignen.

Die Gemeindegutsrechnung pro 1960 schließt im Ordentlichen Verkehr bei 1 943 184 Fr. Einnahmen mit einem Einnahmenüberschuß von 754 275 Fr. ab, der wie folgt verwendet wird: 23 612 Fr. für die Reduktion des Ausgabenüberschusses im Außerordentlichen Verkehr 1960, 440 100 Fr. für außerordentliche Schuldentilgung und 290 562 Fr. als Einlage in den Baufonds. Der Brutto-Ausgabenüberschuß im Außerordentlichen Verkehr beziffert sich auf 199 612 Fr. Die ungedeckte Schuld per Ende 1960 beträgt 900 344 Fr. Der Ueberschuß der Betriebsrechnung des Elektrizitätswerkes von 143 392 Fr. wird für außerordentliche Abschreibungen verwendet.

Die Anträge der Schulpflege riefen zum Teil einer regen Diskussion, wobei Pfliegermitglieder die Geschäfte näher begründeten. Für die Neuuniformierung der Kadetten wurde ein Kredit von 8420 Fr. bewilligt. Ferner wurden zwei Kredite im Betrage von 100 610 Fr. für den Ankauf von zwei Landparzellen im Grund für die Erstellung eines Doppelkindergartens gutgeheißen. Ebenso wurde dem Vorprojekt für diese Gebäulichkeiten mehrheitlich beigegeben.

Die anschließende Kirchgemeindeversammlung stimmte dem Landverkauf an die Schulgemeinde für die Erstellung eines Kindergartengebäudes zu. Ueber den Wahlvorschlagn der Pfarrwahlkommission für die Neubesetzung der durch den Rücktritt des Pfarrers Hans Pfaff freiwerdenden Pfarrstelle referierte Kirchenpflegerepräsident Emil Buchmann. Einmütig wurde dem zur Wahl vorgeschlagenen Pfarrer Dr. Roger Ley, wohnhaft in Unterentfelden AG, zurzeit Religionslehrer an der Kantonschule Aarau und am Seminar Wetzlingen, zugestimmt. Es findet noch eine Urnenabstimmung

**Hohe Einnahmenüberschüsse in Wangen-Brüttsellen**

Brüttsellen, 4. Juli. (Korr.) Die Steuern erhebenden Gemeindegüter haben ihren Versammlungen die Rechnungen über das letztjährige Haushaltsjahr zur Abnahme unterbreitet. Gesamthaft ergeben sich Vorschläge von 971 808 Fr. Davon dienen 314 367 Fr. zu Schuldentilgungen und 330 000 Franken als Rückstellungen für bereits bewilligte Kredite für die Kläranlage. Weitere 75 000 Fr. werden dem Primarschulgut überwiesen und 252 441 Fr. in Reservefonds der einzelnen Gemeindegüter eingelegt. Diese günstigen Rechnungsergebnisse sind hauptsächlich auf den größeren Steuerertrag, besonders beim Politischen Gemeindegut, auf außerordentliche Eingänge an Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuern sowie auf eine einmalige Entschädigung von 200 000 Fr. der Eidgenössischen Militärverwaltung für die Aufhebung von Straßenverbindungen nach Dübendorf-Gfenn zurückzuführen. Während beim Politischen Gemeindegut auch dieses Jahr der Ausgabenüberschuß von 236 820 Fr. ganz ausgeglichen werden konnte, hat sich die zu tilgende Schuld beim Primarschulgut im Rechnungsjahr um 365 000 Fr. erhöht; diejenige des Sekundarschulgutes konnte dank wesentlicher, einmaliger Eingänge aus Steuerentscheidungen um 112 750 Fr. reduziert werden.

Die Stimmberechtigten bewilligten für die Erstellung einer Sanitätshilfsstelle im projektierten Schulhaus in Wangen einen weitem, bedeutenden Kredit von 189 000 Fr. sowie 27 500 Fr. für Umbau und Renovation der Hauswartwohnung im Primarschulhaus in Brüttsellen.

**Freisinnige Partei Hombrechtikon**

Hombrechtikon, 5. Juli. (Korr.) Die Ortsgruppe der Freisinnigen in Hombrechtikon führte vor einigen Tagen in der «Sonne» ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung durch. Unter der Leitung von Präsident Dr. Kurt Heiniger (Feldbach) konnten die statutarischen Geschäfte rasch abgewickelt werden. Zur Besprechung kam unter anderem auch die jetzt im definitiven Entwurf vorliegende Bauordnung mit Zonenplan. Die Freisinnige Partei unterstützt diese Vorlage in vollem Umfang, mit Ausnahme der Regelung betreffend Dachformen. In jener Hinsicht tritt sie nach wie vor nur für ein grundsätzliches, nicht aber ein generelles Verbot für Flachdächer ein.

**Bern**

**Rücktritt von Gemeinderat Schmidlin**

Bern, 7. Juli. ag Gemeinderat Fritz Schmidlin, der 1938 als Nachfolger von Robert Grimm in die Exekutive der Stadt Bern gewählt worden war, hat auf Ende September dieses Jahres seine Demission eingereicht. Während seiner 23jährigen Amtsdauer als sozialdemokratischer Vertreter im Gemeinderat stand F. Schmidlin ununterbrochen den industriellen Betrieben der Bundesstadt vor. Der Demissionär, der vor seiner Wahl in den Gemeinderat beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund tätig war, steht im 63. Altersjahr.

**Tessin**

**Denkmalschutz in Morcote**

Morcote, 6. Juli. ag Am Donnerstag wurde in Morcote ein Komitee zur Koordination der Restaurierungsarbeiten im Schutzgebiet von Morcote gegründet. Alt Bundesrichter Dr. Plinio Bolla wurde zum Präsidenten und der Gemeindepresident von Morcote, Martino Perlasca, zum Vizepräsidenten gewählt. Das Komitee hat beschlossen, mit der Renovation der Kirche Santa Maria del Sasso und der Häuser sowie der Arkaden entlang des Sees zu beginnen. Ein Luganeser Architekt wurde mit der Ausarbeitung von Plänen zur Erhaltung der historischen Denkmäler des Gebiets von Morcote beauftragt. Der Schweizer Heimatschutz und der Schweizerische Bund für Naturschutz hat zu diesem Zwecke eine Summe von 100 000 Fr. zur Verfügung gestellt. Die Arbeiten werden rund eine Million Franken kosten.

**Der Disput um Gollwitzer**

b-i. Die Studierenden an der Theologischen Fakultät der Universität Basel haben in einer Resolution zum Disput um Gollwitzer, der als Nachfolger Karl Barths propagiert wurde, Stellung genommen. Die Resolution beklagt sich über überbordende Kritik an Gollwitzer und nimmt ihn gegen den Vorwurf einer fragwürdigen politischen Einstellung in Schutz. Gollwitzer habe fünf Jahre in russischen Gefangenenlagern zugebracht; sei Bericht über diese Zeit («Und führen, wohin du nicht willst») sei in der DDR verboten; er sei in Westberlin, «dieser Insel der Freiheit», ein gesuchter Ratgeber und helfe vielen bedrängten Christen auch aus der DDR. Die Resolution schließt wie folgt:

«Die Studenten der Theologie in Basel haben sich entschlossen, angesichts der Persönlichkeit von Helmut Gollwitzer und der manchmal beschämenden Diskussion ebenfalls zu seiner Berufung Stellung zu nehmen. Die Anziehungskraft der Theologischen Fakultät und die bisherige internationale Zusammensetzung ihrer Studentenschaft ist nur gewährleistet, wenn ein hervorragender Theologe der Nachfolger Karl Barths wird. Man sollte den Studenten Helmut Gollwitzer als Wissenschaftler und Pädagogen nicht verweigern. Man sollte ihnen die Urteilskraft zutrauen, sich auch mit einem so bedeutenden und dynamischen Lehrer kritisch auseinanderzusetzen. Es besteht ebensowenig Grund wie damals in Athen, der Jugend einen Sokrates zu nehmen, mit dem Argument, er könne sie verführen.»

Der von der theologischen Fachschaft der Universität Basel angeführte Vorwurf, Gollwitzer sei ein «prokommunistischer Theologe», ist in den ernsthaften Beiträgen zu diesem Disput nirgends erhoben worden. Vielmehr waren auch die skeptisch gestimmten Äußerungen durchweg bestrebt, ein differenziertes Urteil vorzulegen und vor allem die zwieltichtige Stellung, welche die nun Gollwitzer als ihr Aushängeschild benutzende Strömung innerhalb des deutschen und schweizerischen Protestantismus einnimmt, sichtbar zu machen. Die intensive Propaganda für eine Berufung Gollwitzers auf den Lehrstuhl von Prof. Karl Barth trägt im Gegenteil die Gefahr in sich, daß sie Helmut Gollwitzer selbst Unrecht tut, indem sie ihn mit den Insignien eines von ihm nicht oder nicht ganz geteilten strengen Nonkonformismus schmückt, der allein «geistige Lebendigkeit» zu verbürgen scheint. Die nachstehenden Informationen mögen mithelfen, die Kenntnis über die Person zu erweitern, die im Mittelpunkt des Disputes steht.

Gollwitzer wurde nach seiner Rückkehr aus der sowjetischen Gefangenschaft im Jahre 1950 Dozent an der Theologischen Fakultät der Universität Bonn. Seit 1957 lehrt er an der Freien Universität Berlin. Seine politische Haltung hat sich seit 1950 allmählich geändert. 1952 schrieb er in «Christ und Welt», Stalin betreibe die Heilung der Menschheit «mit Chirurgie» wie Doktor Eisenbarth. 1953 begann er sich am Kampf gegen die deutsche Wiederbewaffnung zu beteiligen. Am 29. Januar 1955 sprach er in der Frankfurter Paulskirche im Rahmen der damaligen Volksbewegung gegen die Wie-

deraufrüstung (Paulskirchenbewegung), wobei er sich auch einer typisch nationalen Argumentation bediente. Der ungarische Aufstand von 1956 wurde von Gollwitzer als machtvolles Zeugnis für die Kraft des Geistes gepriesen. Andererseits stellte er 1957 in einer Predigt in Düsseldorf den Christen die Aufgabe, «den Wölfen das Evangelium zu bringen», nicht sich vor dem Ansturm des Bolschewismus zu schützen. 1957 trat er der Anti-Atom-Bewegung bei. In bezug auf die Machthaber der Sowjetzone vertrat er die bekannte lutherische Obrigkeitstheorie: die Regierung der DDR sei die von Gott gesetzte Obrigkeit für die Christen in der DDR, was zwar nicht heiße, daß sie allem Beifall spenden müßten, was diese Obrigkeit tue. 1958 hielt er Vorträge an den Fakultäten in Prag und Bratislava. Er nahm auch an den «christlichen Friedenskonferenzen» von Prag teil. In Vorträgen in der Ostzone vertrat er wiederholt den Standpunkt, daß die Toleranzspanne für die Kirchen in der Sowjetunion weiter sei als die Toleranzspanne für die Protestanten in einigen katholischen Ländern. 1960 verwickelte er sich wegen eines ressentimentgeladenen Aufsatzes über die Bundesrepublik in eine Polemik mit Bundespräsident Gerstenmaier. Hinsichtlich des diesjährigen Kirchentages in Berlin fiel er der Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland mit einem Memorandum in den Rücken, indem er die Opposition der Zonenregierung gegen die Abhaltung des Kirchentages in beiden Teilen Berlins verständnisvoll würdigte.

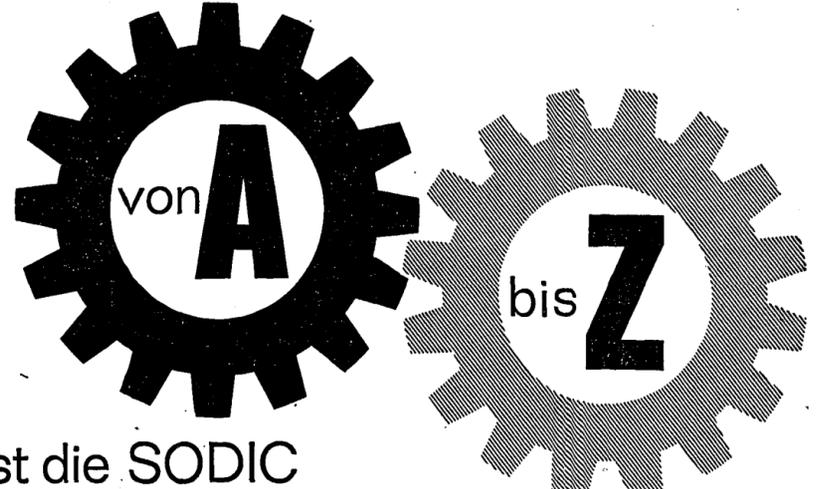
Die vorstehenden Angaben über die politische und kirchenpolitische Einstellung Gollwitzers — was seine theologische Lehrtätigkeit angeht, werden die Treue zum Barth'schen Vorbild und die Lebendigkeit des Unterrichts gerühmt — zeigen jedenfalls, daß die «lebendige Konfrontation» mit der kommunistischen Ideologie und ihrem religiösen Messianismus, die Pfr. Kellerhals in der «National-Zeitung» als Hauptgewinn einer Dozententätigkeit Gollwitzers in Basel den Schweizern zugänglich machen möchte, durch die prononcierte Ängstlichkeit in der außerswissenschaftlichen Sphäre eine besondere Note hätte und den Ausdruck «Dynamik», den die theologische Fachschaft zur Charakterisierung des von ihr gewünschten Nachfolgers Barths verwendete, ohne weiteres rechtfertigt.

**Aus der Oekumene**

**Dritte Europäische Kirchenkonferenz 1962**

fo. Der beratende Konferenzausschuß hat bei seiner Tagung in Oegstgeest (Holland) beschlossen, die dritte Europäische Kirchenkonferenz, zu der alle europäischen Kirchen eingeladen werden, vom 1. bis 6. Oktober 1962 wiederum in Nyborg (Dänemark) durchzuführen. Das Hauptthema lautet: «Die Kirche in Europa und die Krise des modernen Menschen». Es sind die drei Unterthemen festgelegt worden: «Bilanz des europäischen Humanismus», «Der Mensch in der Bewegung mit Christus» und «Die Erweckung der Kirchen zu neuem Dienst». Der Sekretär für Zwi-schenkirchliche Hilfe im Oekumenischen Rat (Genf), Dr. Glen Garfield Williams, übernimmt die Geschäftsführung, während Dr. Harms der Konferenz weiterhin als beratender Sekretär dient.

**Schluß des redaktionellen Teils**



löst die SODIC die schwierigen Probleme Ihrer industriellen NIEDERLASSUNG IN FRANKREICH

- Die SODIC wurde durch mehrere Kredit- und Bankgesellschaften gegründet. Dank dieser Patenschaft und Ihrer Abkommen mit den lokalen Behörden, steht die SODIC am Kreuzweg des industriellen Aufbaus.
- Die SODIC stellt Ihnen zur Verfügung : • Die Fachkenntnisse und die Erfahrung eines Stabes von Ingenieuren aus allen technischen und wirtschaftlichen Bereichen ; • Eine ständig ergänzte Auswahl verfügbarer Industriegelände ; • Den gegenwärtigen Stand der Bestimmungen hinsichtlich der Zulassung neuer Anlagen und, gegebenenfalls, der gewährten Sonderkredite und Zuschüsse ; • Eine Übersicht über die lokalen Reserven an Hilfsarbeitern und qualifizierten Arbeitskräften sowie über den Wohnungsbau ; • Hinweise über die soziale Lage und die Einstellung der örtlichen Behörden Neugründungen gegenüber.
- Die SODIC berät Sie gern über : - Absatz, Versorgung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, Kapazität, Belegschaft usw. ; - Standort, Vorforschung ; - Investitions- und Finanzierungsplan, Kredite usw.
- Die SODIC übernimmt alle Verhandlungen mit der französischen Verwaltung und den örtlichen Behörden.
- Die SODIC bringt Ihnen die Lösung "Nach Mass".



SOCIÉTÉ POUR LA CONVERSION ET LE DÉVELOPPEMENT INDUSTRIEL  
Wirtschaftler u. Ingenieurbüro für Umstellung und Ausbau der Industrie  
Abteilung "Gemeinsamer Markt"  
14, rue de Bourgogne - PARIS 7<sup>e</sup> - FRANKREICH